

lberg



# Feilschen ums Geld der Agrar

**Bürser Bürgermeister will Agrargemeinschaft zur Kasse bitten. VfGH lehnt Weiler Beschwerde ab.**

**WEILER.** (VN-ib) Agrargemeinschaften gehören weite Teile Vorarlbergs. Über 50 Prozent der Landesfläche - hauptsächlich Wald und Alpen - sind in ihrem Eigentum. Ob sie das rechtmäßig sind, darüber wird seit einem Urteil des Verfassungsgerichtshofs (VfGH) zur Tiroler Gemeinde Mieders 2008, das der Gemeinde Agrarerlöse zusprach, wieder gestritten. Gemeinden in Finanznot erheben Ansprüche, die Gemeindeguts-Agrargemeinschaften selbst sehen sich im Recht. Wer recht hat, das ist in vielen Fällen unklar.

## „Finanzielles Polster“

In Bürs will nun SPÖ-Bürgermeister Helmut Zimmermann (64) erreichen, dass sich die Agrargemeinschaft finanziell stärker einbringt. „Die öffentliche Hand zahlt jetzt für Aufgaben, die eigentlich die Agrargemeinschaften übernommen haben“, nennt Zimmermann Kosten für Schutzbauten oder landwirtschaftliche Förderungen. „Die Gemeinden schwimmen ja nicht im Geld. Die Bürser

Agrargemeinschaft hat ein finanzielles Polster und könnte die Gemeinde damit entlasten. Man soll sie stärker zur Verantwortung ziehen.“

Die dortige Agrargemeinschaft hat über 2000 Hektar Grund und auch lukrative Einkünfte. Der Zimbapark etwa steht auf einem Agrar-Grundstück. Mit einem neuen Gutachten, in Auftrag gegeben vom Tiroler Gemeindeverband, will sich der Bürgermeister wieder mit den Agrargemeinschaftsmitgliedern an den Tisch setzen. „Universitätsprofessor Harald Stolzlechner ist der Meinung, dass Überbezüge der Gemeinde zustehen würden“, sagt Zimmermann. Die Agrargemeinschaft Bürs hat aber ebenfalls ein Gutachten eingeholt. Universitätsprofessor Karl Weber bestätigt darin, dass bereits alles rechtlich eindeutig geregelt sei.

Kritik übt Zimmermann am Verhalten der Landesregierung, wo man sich gegen Änderungen in Landesgesetzen ausspricht: „Der Ball wurde an die Gemeinden

„Sind wir in China oder Russland? Man will alte Rechte stehlen.“

ANWALT KARL SCHELLING

gespielt. Das ist nicht gut. Jeder hat jetzt ein Gutachten in der Hand, und schlauer sind wir deswegen nicht.“ Auch andere Kollegen - etwa der Rankler ÖVP-Bürgermeister Martin Summer - haben diese Kritik bereits geäußert.

In Nenzing - der flächengrößten Agrargemeinschaft des Landes - geht es ebenfalls um viel. FPÖ-Bürgermeister Florian Kasseroler (50) spricht nun von einem Teilerfolg. Die Agrargemeinschaft verpachtet für den neuen Fußballplatz knapp 19.000 Quadratmeter Fläche. Die Gemeinde musste durch die neue Vorsteuerregelung, die kommunale Projekte ab September um 20 Prozent verteuert, schnell handeln. „Das ist ein erstes Signal, dass in Nenzing die Vernunft am Werk ist“, sagt Kasseroler. Eine Gesamtlösung will man noch heuer finden. Wie diese aussieht, ist offen.

## VfGH: keine Erfolgsaussicht

34 Gemeindeguts-Agrargemeinschaften gibt es in Vorarlberg. Die Frage ist: Gehört ihr Besitz ursprünglich der Gemeinde, oder eben der Gemeinschaft der Agrarier? In Weiler waren inzwischen Anwälte am Zug. Nach längerem Hin und Her wurde die Beschwerde beim VfGH zurückgezogen. Allerdings kam die Entscheidung zu spät: Die



**Agrargemeinschaften kümmern sich um Wiesen und Wälder – mitunter aber auch um Einkaufszentren, etwa in Bürs.** FOTO: VN/PAULITSCH

Höchststrichter hatten bereits entschieden, sie gar nicht erst zu behandeln. Grund: Die Beschwerde gegen die Agrargemeinschaft ließe sich „als so wenig wahrscheinlich erkennen, dass sie keine hinreichende Aussicht auf Erfolg hat.“ Der Dornbirner Anwalt Karl Schelling, der sich mit der Materie auseinandergesetzt hat, fühlt sich dadurch in seinen Ansichten bestätigt. Er spricht von einem Riesenunrecht. „Man tut so, als hätten die Agrargemeinschaften der Gemeinde etwas geklaut. Dabei ist es umgekehrt. Man will alte Rechte stehlen.“ Schließlich seien die Grundstücke auch zuvor nicht im

„Man soll die Agrargemeinschaft stärker zur Verantwortung ziehen.“

**HELMUT ZIMMERMANN, BGM. WEILER**



Besitz der Gemeinde, sondern eben der Gemeinschaft gewesen. Der namensgleiche Begriff Gemeindegut sorgte hier für Verwirrung. Er sieht keine Grundlage, dass die öffentliche Hand Anspruch hätte. „Sind wir plötzlich in China oder Russland?“, fragt er sich.